

Widerstand formiert sich

## „Nein zum Asylheim“

Facebook-Gruppe macht Stimmung gegen die Flüchtlingsheime

**WEISSENBURG (js) – Im Internet hat sich in den sozialen Medien Widerstand gegen Asylbewerberheime in Weissenburg formiert. „Nein zum Asylheim in Weissenburg“, lautet der Name einer Facebook-Gruppe, die gestern 85 Mitglieder hatte.**

„Am Stadtrand wird ein Asylheim für 80 Personen errichtet. Dem nicht genug, sollen weitere 220 im Stadtzentrum untergebracht werden. Wir sagen NEIN!“, heißt es auf der Seite. Die richtet sich damit gegen die Unterbringung von rund 80 Asylbewerbern in einem Wohnhaus Am Richterfeld (*wir berichteten*) und gegen einen möglichen Einzug von weiteren 220 Flüchtlingen in dem ehemaligen Gebäude von Elfis Bademoden in der Nürnberger Straße. Für die Unterkunft Am Richterfeld sind bereits die Verträge unterzeichnet, für die Immobilie in der Nürnberger Straße gibt es eine lose Anfrage eines Kaufinteressenten bei der Regierung von Mittelfranken, ob und inwieweit die Unterbringung von Asylbewerbern dort möglich wäre.

Als Argumente gegen die Unterbringung in Weissenburg werden Ängste und Befürchtungen angeführt. Von einer erhöhten Kriminalitätsrate von Asylbewerbern ist die Rede, von Verschmutzungen im Umfeld solcher Heime und von einer Benachteiligung der heimischen Bevölkerung, die es schwer habe, in Weissenburg günstigen Wohnraum zu finden. Den Besitzern der Immobilien wirft die Seite Geschäftemacherei vor, weil mit den Asylbewerbern gutes Geld zu verdienen sei.

„Während sich um die eigene Bevölkerung nicht gekümmert wird, sollen einfach mal so nebenbei Wohnräume für bis zu 300 Asylanten geschaffen werden! (...) Diese Politik ist weder sozial noch gerecht! Politik hat in erster Linie die Interessen des eigenen Volkes zu vertreten. Wir sind nicht das Sozialamt der Welt!“, heißt es auf der Seite. „Wer vor Krieg und Verfolgung flieht, der soll auch Schutz bekommen!“, gestehen die Seitenbetreiber zu. Die Zahlen würden jedoch belegen, dass ein Großteil der Asylbewerber aus wirtschaftlichen Gründen ihr Heimatland verlassen hätten. Wie viele andere Behauptungen auf der Seite ist auch das allerdings nicht bewiesen und eher vereinfachte Meinung denn unumstößlicher Fakt.

Der Kommentar

Jetzt hat auch Weissenburg seine Asylheimgegner. Das ist keine große Überraschung. Die Frage ist, was man jetzt mit ihnen tut. Macht man es sich einfach, dann tunkt man sie pauschal in die rechte Soße und schert sich nicht weiter drum. Deppen halt. Genug Munition böte die Seite. Zwar bemüht man sich dort um eine „bürgerliche Argumentation“, aber lange geht das nicht gut.

Asylbewerbern pauschal eine „exorbitant hohe Kriminalitätsrate“ zu unterstellen und ein paar Posts weiter zu fragen, ob „Diebstahl, Drogengeschäfte, Körperverletzung, Mord, Vergewaltigung“ alles nur „tragische Einzelfälle“ seien, ist dann eben doch eine bunte Mischung aus Panikmache, Populismus, Falschinformation und rechtem Gedankengut. Und dieses unappetitliche Gebräu tritt auch an anderen Stellen dieser Gruppe immer wieder zutage.

## Information gegen Vorurteile

Das „Widerständchen“ im Netz aber sollte man positiv nutzen, und zwar, um sich bewusst zu machen, dass es natürlich Ängste und Befürchtungen in der Stadt gibt. Und man sollte sich auch um die Tatsache nicht herumdrücken, dass im Extremfall rund 300 Asylbewerber in Weissenburg die Stadt verändern würden und es zu einigen Problemen kommen wird.

Entscheidend ist es, die Menschen zu informieren. Und das ist in der Vergangenheit bei der Einrichtung von Asylbewerberheimen bereits des Öfteren eindrucksvoll schiefgegangen. Wer kommt, wie leben sie, wie sieht die Einrichtung aus, welche Behörden sind bei Problemen zuständig, wo kann man diesen Menschen helfen...? Fremdheit macht Angst, also muss man der Angst durch Information begegnen.

Ein Vorbild in dieser Hinsicht ist der Landkreis, der die Notunterkunft in der Mackenmühle bei Pleinfeld bestens kommunizierte. Im Falle Weissenburgs wird sich – wenn es denn so weit ist – die Stadt um die Information kümmern müssen. Die Erfahrung zeigt, dass der Regierung von Mittelfranken die Bürgerinformation diesbezüglich einigermaßen egal ist. Ansbach ist weit weg. JAN STEPHAN